



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

L.: Die fünfte Woche des deutschen Reichstags.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

das schmerzliche Ereigniß in einem Briefe an Johann Jacoby. Besonders bemerkenswerth in diesem Briefe ist das Urtheil, das Blum über die wahrscheinliche Erfolglosigkeit der Anstrengungen der liberalen Partei im Landtage fällt. Während Aller Augen gespannt auf dem Landtag hasteten und hoffnungsreich von ihm Sühne für die Leipziger That und Abstellung aller übrigen Beschwerden erwarteten, erklärte der Führer des Fortschritts in Sachsen ganz offen: „Unsere Kammer ist gut, aber sie erzielt natürlich nichts.“

Diese Voraussicht sollte im vollsten Maße sich bewahrheiten.

Hans Blum.

Die fünfte Woche des deutschen Reichstags.

Endlich, nach einer Pause von drei Wochen, ist der Reichstag in die Mitte der Alles bewegenden Frage getreten. Die am 7. Oktober für recht uninteressante Wahlprüfungen wieder aufgenommenen Sitzungen führten am 9. Oktober zur zweiten und entscheidenden Lesung des Sozialistengesetzes. Dicht vor ihr erhob sich das drohende Gespenst einer mehrere Stunden raubenden Präsidentenwahl. Sollten nicht Konservative und Zentrum, selbst auf die Gefahr dieser langweiligen Prozedur, die Scharte vom 11. September ausweichen wollen? Wirklich erhob sich zum allgemeinen Entsetzen Herr von Helldorf; aber er hatte es so übel nicht gemeint und wollte bloß für diesmal noch so gnädig sein, der beantragten Wiederwahl des Präsidenten durch Applikation sich nicht zu widersetzen, für künftig aber will seine Partei eine Nichtberücksichtigung der Parteistärke nicht wieder so hingehen lassen. Aha! denken wir; künftig gedenken die Konservativen in dieser Frage sich mehr als das vorige Mal dem Zentrum anzuschließen. Wirklich ergreift auch sofort Windthorst die Sache bei diesem Zipfel und stellt sich, als sei konservativerseits soeben zugesagt, die bei der ersten Wahl weißgelassenen Zettel künftig mit dem Namen eines Ultramontanen zu füllen. Nun, nach dem Verlaufe, welchen die Dinge nehmen, glauben wir hiervon noch weniger als bisher. Das Präsidium, wie es da sitzt, wird rasch wiedergewählt und die Berathung des Sozialistengesetzes nimmt ihren Lauf.

Und welchen Lauf! Zum ersten der 22 §§ sind zwei lange Sitzungen verbraucht. In diesem Tempo wird es natürlich nicht weiter gehen; bei der grundsätzlichen Bedeutung des § 1 wurde eben eine tatsächliche Aufnahme der Generaldiskussion unvermeidlich. Das Zentrum freilich, welches den Reigen begann, ließ große Zurückhaltung feierlich ankündigen. Das kann auch gar

nicht auffallen: nach den neulichen Kundgebungen, beim Kulturkampfe anzuhalten zu wollen, kann man, wie die Dinge zwischen Berlin und Rom neuerdings stehen, doch nicht wissen, zu welcher Rolle die streitbaren Helben der Mitte sich am Ende noch werden verstehen müssen. Wozu sich also unnötig vergaloppiren? Und so hält es diese Partei, wie aus der von Herrn von Frankenstein verlesenen Erklärung der 91 Centrumsmitglieder und der 10 an ihren Rockschößen hängenden welfischen Hospitanten hervorgeht, für den Augenblick am angemessensten, ihre Rolle eines Verteidigers freiheitlicher Bestrebungen gerade jetzt stark hervorzukehren und zu diesem Zwecke die Entscheidung der Kommission für genügend zu halten, um die grundsätzliche Opposition gegen das Ausnahmegesetz aufzugeben und vorwiegend in erhabenem Schweigen als Hort der Freiheit zu glänzen.

Mit um so größerer Eloquenz trat ein neuer und ganz junger Kämpfer der Konservativen, von Marschall aus Mannheim, auf. Die Konservativen leiden, wie sich immer deutlicher zeigt, an einem großen Mangel hervorragender Persönlichkeiten und Redner, sonst hätte man wohl nicht gerade den jüngsten vorgeschickt; aber der junge Herr hat seine Sache ganz gut gemacht. Zum § 1 plädirte er für den Ausdruck „Untergraben“ und erging sich dann in einer ganz hübschen Wiederholung der grundsätzlichen Gesichtspunkte für die Vorlage; sein Hauptverdienst aber besteht darin, daß er als der erste Herr Hänel bei seinem Vorschlage des Haß- und Verachtungsparagraphen zweiten Grades festhielt. Der arme Herr Hänel scheint wirklich den Rückweg nicht recht wieder finden zu können, so sehr es ihn treibt, zu den die Hände ringenden Genossen heimzukehren. Es könnte ihm fast gruselig werden, da der junge Konservative, der ihm so freundlich die Hand bietet, ihm sogar noch eine umfassende Revision des Strafgesetzbuchs und vieler anderer Gesetze in lockende Aussicht stellt. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen gerieth Herr Hänel noch mehr in Bedrängniß. Als Fürst Bismarck ihn wegen seiner Durchbrechung des Bannes der negirenden Fortschrittler belobte, erklärte er dreist, diese billigten sein Verfahren. Ist dem wirklich so, dann steht eben die gesammte fortschrittliche Presse in Kriegszustand mit ihrer eigenen Partei.

Das Loos brachte sodann eine Erscheinung auf die Tribüne, welche hier gar nicht hinzugehören scheint. Wenn in Sonnemann's Rede nur die extremste fortschrittliche Richtung zum Ausdruck gelangt wäre, so würde sie immerhin noch als berechtigt erschienen sein; daß es sich um „ein Tendenzgesetz im schlimmsten Sinne“ handle, daß dasselbe „eine Reihe mühsam errungener Freiheiten vernichtet und unser bestes Gesetz in der schärfsten Weise durchlöchert“, das war eben nur jene unglückliche beschränkte Auffassung, welche schon am 16. September von Hänel vorgebracht war; aber Sonnemann nahm außerdem

noch eine undefinirbare Stellung ein, welche sich durch Vertheidigung des Wesens und der Haltung der Sozialdemokratie, sowie durch Herunterziehung und giftige Behandlung der staatsstreuen Parteien und politischer Persönlichkeiten charakterisirt. Ganz wie seit lange seine „Frankfurter Zeitung“, so machte Sonnemann den Eindruck, als gehe bei ihm die Aufgabe des deutschen Politikers auf in Erfindung von Paradoxen, Schwarzfärbung aller Dinge um jeden Preis und triviale Behandlung ernster Gegenstände. Stark trat denn auch der Widerwille des Hauses namentlich gegen die Art, wie Redner politische Handlungen von Kollegen berührte, hervor. Dabei sah er nicht einmal auf die nothwendigste Korrektheit in Wiedergabe von Thatsachen, sodaß ihm Lasker und Bamberger Unwahrheiten nachwiesen, die er dann leakterem auch zugab. Großes schien er sich von der Vorlesung einer Ansprache versprochen zu haben, in der Bamberger vor 29 Jahren sich für die sozialdemokratische Republik ausgesprochen habe, während in Wahrheit nur ein damaliger Berichterstatter über die Ansprache in diesem Sinne geschlossen hatte. Zum wenigsten ist die Absicht des Volksparteilers konstatiert: er ist ebenso, wie noch im Februar 1876 dem alten Gerlach nachgewiesen wurde, ein Feind jeder fortschreitenden Entwicklung der Ansichten, ein Freund der Stagnation, der auf einen politischen Gegner einen Schatten werfen zu können wähnt, wenn er versucht, denselben an dessen Ansichten aus längst vergangenen Zeiten anzunageln.

Noch unklar über das eigentliche Tendenzmixtum der Sonnemann'schen Volkspartei, sahen wir plötzlich den Fürsten Bismarck ein ganz eigenthümliches Licht auf diese Frankfurter Persönlichkeit und seine Zeitung werfen. Freilich waren schon vor 6 Jahren dessen französische Sympathieen im Reichstage bei einer Frage Elsaß-Lothringen's in bedauerlichster Weise hervorgetreten und bald darauf von den französischen Blättern hoch belobt worden; es schien aber doch nicht ohne besondere Absicht zu sein, daß der Kanzler die gerade ihm besonders bekannt gewordenen gegenwärtigen Beziehungen jenes Mannes und Blattes mit der französischen Regierung hervorhob, welche durch letzteres bestimmte Akkorde in deutschen Angelegenheiten angeschlagen zu sehen wünsche.

Der übrige Inhalt der Bismarck'schen Rede ist von großer allgemeiner und bleibender Bedeutung. Es gilt dies ebenso sehr von seiner Charakterisirung der jetzigen Sozialdemokratie als von seinen Ausführungen bezüglich unserer parlamentarischen Parteiverhältnisse. Wir wüßten wahrlich nicht, wie Diejenigen, welche sich mit diesem Gesetze nicht befreunden können, besser in letzter Stunde für dasselbe gewonnen werden könnten, als durch die unwiderleglichen Hinweise des Kanzlers auf die allezeit negativen Bestrebungen der Sozialdemokraten, weil sie zu jedem positiven Vorschlage außer Stande sind und deren Streben, im Gegensatz zu allen ähnlichen Bewegungen der Vergangenheit, auf

nichts gerichtet ist, als auf's Niederreißen, die Verführung der Massen und Herabsetzung von Allem was dem Menschen heilig ist. Unendlich beschämend ist es für unser Volk, daß Bismarck nach all' seinen Thaten, welche das Vaterland groß gemacht, im Reichstag konstatiren mußte, wie ein erheblicher Theil der Bevölkerung politischer Einsicht dermaßen ermangelt, daß die internationale Banditenrotte und das Ausland darauf Pläne bauen konnten. Freilich hat das Bismarck nicht ganz mit diesen Worten gesagt, aber es ist nichts anderes, wenn er zeigte, daß die Männer der in Frankreich darnieder geschlagenen Kommune seit 1870 für das beste Versuchsfeld Deutschland ausersehen haben, dessen große Städte durch fortschrittliche Bearbeitung reichlich vorbereitet waren. Ja, es ist in der That so: es gibt keine geeignetere „Vorfrucht“, keinen stärkeren Dünger für die Sozialdemokratie, als die Agitation der Fortschrittler! Noch jetzt bringt jeder Tag Beispiele, wie „die Anerkennung für irgend etwas, was die Regierung thut, gleich in den Verdacht des Servilismus bringt“, gleich als wenn wir in gewissen Kleinstaaten vor 1866 lebten, in denen alle Verhältnisse auf den Kopf gestellt waren.

Die Aeußerungen des Kanzlers über die Schwierigkeiten der parlamentarischen Lage enthalten so offene und ehrliche Aussprüche, daß er damit auf's Neue die Herzen der Patrioten, den Sinn aller ernstern Politiker gewinnen muß. Er erwähnte die bedauernswerthen Erscheinungen des deutschen Parteiwesens und legte offen dar, wie er mit diesen Thatsachen zu rechnen genöthigt ist. Es ist allerdings „eine traurige Lage der Regierung“, daß ihr „bei Verständigung mit dem Reichstage $\frac{3}{7}$ des Gebiets absolut verschlossen“ und dann auch noch der Rest nicht unter sich eins ist. Daß etwa eine nochmalige Auflösung des Reichstags schwerlich bessere Erfolge hervorbringen werde, lag schon seit dem Ausfalle der letzten Wahlen auf der Hand. Eine Fernhaltung des doktrinären Elements aus dem jetzigen Reichstage ist nicht gelungen, und der Ersatz des liberalen Ausfalles erscheint von zweifelhaftem Werthe, denn mit den bei den Wahlen sich hervordrängenden Elementen, die stark nach Reaktion rochen, konnte Bismarck nicht gedient sein. So sieht er sich denn zu einer Wiederannäherung an die Nationalliberalen genöthigt. Er weist die reaktionären Tendenzen, die man ihm jüngst beigelegt, entschieden zurück. Wir haben nie an dieselben geglaubt, weil er damit seine eigenen Werke gefährdet haben würde; aber der jetzige Ausspruch jagt wenigstens die finstern Gestalten wieder fort, die schon glaubten, ihre Zeit wäre wiedergekommen. Wir hätten nur gewünscht, der Fürst hätte eine solche Kundgebung früher erlassen, wozu es an Gelegenheiten wohl schwerlich gefehlt hätte. Es wäre dann ein großer Theil des Parteizwistes der letzten Zeiten erspart geblieben. Seine Empfindlichkeit, von den Nationalliberalen in den Steuerfragen im Stich gelassen zu

sein, gibt er zu und, ohne auf eine Wendung des Zentrums mehr zu reflektiren, fordert er die beiden konservativen und die nationalliberale Partei auf, des Landes, nicht der Regierung wegen fest zu dieser zu halten und so eine geschlossene Mehrheit zu bilden gegen das sechsfach zusammengesetzte Gros der negirenden Parteien. Um dieses Zieles willen gibt der Kanzler bereits Fassungen des Gesetzes dran, durch welche „das Schiff umfanglich gezimmert“ wird. Er will um jenen Preis sogar riskiren, daß das Sozialistengesetz vorerst vielleicht hie und da nicht ausreicht und später ergänzt werden muß.

Hiermit war die Durchführung des Gesetzes nach den Kommissionsbeschlüssen, trotz ihrer mannichfach bedenklichen Punkte, gesichert. Glauben die Regierungen bei solcher Gestaltung des Entwurfs die Verantwortlichkeit übernehmen zu können, so ist das auch ein Standpunkt und vorläufig nichts dawider einzuwenden. Im Uebrigen bezeichneten die Erklärungen Bismarck's einen historischen Akt. Welchen Erfolg seine Aufforderung an die drei Parteien haben wird, kann sich frühestens in der nächsten ordentlichen Session des Reichstags zeigen. Daß an eine Verschmelzung dieser Parteien vorläufig nicht gedacht werden kann, darin geben wir Bennigsen vollkommen recht, der nach ausführlicher Darlegung der Gründe seiner veränderten Haltung zum Ausnahmegesetz den patriotischen Appell des Kanzlers freudig und mit Anerkennung aufnahm und wir können es ihm nicht verdenken, daß er Angesichts der bedenklichen, unter die Deutschkonservativen aufgenommenen Elemente von vorn herein die Zweifel in die Möglichkeit eines auch nur gemeinsamen Vorgehens andeutete. Die Gelegenheit, ein solches zu persifliren, ließ sich Windthorst bei späterer und ungeeigneter Gelegenheit nicht entgehen. Der Werth von Bennigsen's Vortrag bestand übrigens zu nicht geringem Theile in der Art, wie er, im Hinblick auf die Verhältnisse England's, die drohende Gefahr von einer neuen Seite schilderte.

Eine große Geduldprobe war dem Reichstag am 10. Oktober durch die mehr als zweistündige Rede Hasselmann's beschieden. Gewidmet einer ausführlichen Entwicklung der sozialdemokratischen bekannten Probleme, war dieselbe von einer Menge boshafter Angriffe auf den Kanzler durchsetzt. Seine Partei schilderte der Agitator als die friedliche, das Eigenthum schützende, die Familie achtende, die in ihrer Weltbeglückung nur durch die fatale „moderne Gesellschaft“ gehindert werde. Das Hauptverdienst der Rede war die an ihren Schluß verlegte nahezu direkte Aufforderung zum Aufstand. Es nahm sich eigenthümlich aus, daß gegen die Erklärung, „das durch dieses Gesetz geächtete Volk werde sich mit Gewalt vom Druck der Tyrannei befreien“ nur ein Ordnungsruf zu Gebote stand. Eine wohlthunende Erscheinung nach diesen Phrasen war Löwe mit seinem Hinweis auf den Schwindel, welchen solche

die Arbeiter terrorisirenden Agitatorenberufs mächtig mit deren Noth treiben und wie der Arbeiterstand sich mehr als jeder andere gehoben, wie Die, welche das Meiste für ihn gethan, von den Agitatoren verfolgt würden. Den welfischen Oberkonsistorialrath Brüel mußte man, da er einmal gewählt ist, anhören; daß er mit einem Wehrufe über die Entthronung des Welfenhauses enden würde, war vorauszusehen. Auch der Kaffier Winterer tauchte nur auf, um die Faust zu ballen; ebenso später ein Pole.

§ 1 ist schließlich nach der von der Kommission am 20. September in erster Lesung beschlossenen Fassung genehmigt, sodaß also die Untergrabung wegfällt und die anderen Erfordernisse aufgenommen sind, gegen die sich am 1. Oktober die Regierungen in der Kommission erklärt hatten. Bezüglich des Kommissionszusatzes wegen der zu verbietenden „Verbindungen“ brachte Schulze für die Stellung der Genossenschaften Besorgnisse zur Sprache, die jedoch, nach aufklärenden Erörterungen einerseits von Goslar's und Graf Eulenburg's, andererseits Lasker's und Delbrück's, durch Genehmigung einer von Gareis vorgeschlagenen Fassung Erledigung fanden. Nachdem die §§ 2—4 am 11. Oktober ziemlich glatt zur Annahme gelangt waren, entspann sich am 12. Oktober bei § 5 und 6 ein lebhaftes Treffen mit den negirenden Parteien. Zu beiden §§ erhoben sich Männer des Zentrums für die Volksfreiheit. In dieser Richtung durfte ja dessen obiges Programm des Schweigens durchbrochen werden. Es schien gar nicht übel auf Streit berechnet zu sein, als zu § 5, wonach Versammlungen, in welchen sozialdemokratische u. s. w. Bestrebungen zu Tage treten, polizeilich sollen aufgehoben werden dürfen, Brüel Wahlversammlungen ausgenommen haben wollte. Aber das junge Verhältniß der positiven Parteien hat diese Versuchung bestanden. Bei Freiegebung der Wahlversammlungen könnte das Gesetz gerade in wichtigen Zeitabschnitten illusorisch werden. Es geht durchaus nicht, daß alles in der Zwischenzeit angesammelte sozialdemokratische Gift sich in Wahlversammlungen ergießt. Die Diskussion ergab, daß freilich sozialdemokratische Wahlversammlungen nicht schon als solche verboten sein sollen, daß aber alle Wahlversammlungen unter dieses Gesetz fallen müssen, praktisch also die Sozialdemokraten, wenn sie sich nicht wunderbar reservirt verhalten, sich allerdings ganz um jenes Recht bringen werden. Die Sache so scharf durchgeführt zu haben, ist das Verdienst des Ministers Grafen Eulenburg. Zwar glaubte Hänel, von Lasker trotz Stauffenberg's Ausführungen unterstützt, noch eine Fassung gefunden zu haben, um jene Nothwendigkeit heranzukommen, glücklicher Weise lehnte dies aber eine weit größere Mehrheit ab als sich erwarten ließ, ebenso Brüel's Vorschlag und der § ging durch. Bei allen wichtigeren Fragen fällt die Diskussion leicht in aller Breite in die Generaldiskussion zurück. So war schon zu § 4 Windthorst

auf die veränderte Haltung Bennigsen's und Genossen zurückgekommen, hatte sich weiblich über die neue dreigliedrige Partei Bismarck moquirt, die Untergrabungsfrage des § 1 wieder behandelt und war schließlich sogar bei der Glaubensverfolgung von 15 Millionen Deutscher angekommen. Je weiter die Verathung fortschreitet, um so mehr treten die sozialdemokratischen Abgeordneten, und oft recht ungeberdig hervor. So Bebel zu § 2, Bräke zu § 4, wo er „auf das ganze Gesetz pfeift“ und Reinders, der zu § 5 die Anhänger des Gesetzes als Landesverräther bezeichnete.

Als bei dem das Verbot periodischer Druckschriften betreffenden § 6 der ultramontane Freiheitsmann von Hertling, unter Bekämpfung des Liberalismus, die schärferen Bestimmungen fern zu halten suchte, da war es sehr zeitgemäß, daß Bamberger das volle und bewußte Eintreten der Liberalen selbst für drakonische Bestimmungen akzentuirte. Im Uebrigen kam Bamberger mehr als frühere Redner auf allgemeine Fragen zurück, auf Bismarck's Stellung zu Lassalle, auf Wagener, Rodbertus, Meyer und Todt; das Beste war aber, daß er die Centrumsmänner als die eigentlichen Förderer der Reaktion hinstellte, zu welcher die Sozialdemokraten die Gesetzgebung treiben. Mit dem hieran sich knüpfenden, lebhaften Fortsetzung versprechenden Streite über die bei den Wahlen vom Centrum den Sozialdemokraten geleistete Unterstützung, insbesondere mit einem gegen Windthorst gerichteten Ordnungsrufe, dem vierten während dieser Verhandlungen, schloß am 12. Oktober die letzte Sitzung in dieser Woche.

Berlin, den 13. Oktober.

L.

An die Herren Verleger!

Wir bitten um baldigste Zusendung der Werke, die in unsrer Weihnachtsbücherschau berücksichtigt werden sollen.

Leipzig, Anfang Oktober 1878.

Die Redaktion der Grenzboten.

Verantwortlicher Redakteur: **Dr. Hans Blum** in Leipzig.
Verlag von **F. L. Herbig** in Leipzig. — Druck von **Hüthel & Herrmann** in Leipzig.